

INHALT

EDITORIAL	7
VOR DER TÜR. INTERSEKTIONALE DIMENSIONEN VON ARMUT UND AUSBEUTUNG	9
BRIGITTE BARGETZ. JANA GÜNTHER Armut als Baustelle: intersektional feministische Interventionen. Einleitung	9
TINE HAUBNER. MIKE LAUFENBERG Ländliche Armut im Kontext der Reproduktionskrise – Beitrag zu einer intersektionalen Armutsforschung	34
HANNAH-MARIA EBERLE Kapitalistische Strukturlogiken in der neuen Mitleidsökonomie	48
CHRISTOPHER WIMMER Existenzielle Bedrohung und Entwürdigung. Armut, Gewalt und Wohnungslosigkeit im Alltag marginalisierter Frauen	63
FORUM	78
DINA BOLOKAN Zur politischen Ökonomie der Arbeitsmigration in der Landwirtschaft. Eine transregionale Perspektive auf Hypermobilität, Subsistenzketten und die Subsistenzkrise	78
FRIEDERIKE BEIER Kinder, Küche, COVID – Materialistisch-feministische staatstheoretische Perspektiven auf die Regierung von Care-Arbeit in der Pandemie	87
BRIGITTE TEMEL Best Practice: Gewaltschutz im Zeichen von COVID-19	95

TAGESPOLITIK 104

NICOLA SPAKOWSKI

Frauen in China: Konservative Wende der Frauenpolitik unter Xi Jinping 104

RENATE KREILE

Back to the Future? Die Geschlechterpolitik der Taliban als Schlüsselement ihrer Herrschaftskonzeption und weibliche Überlebensstrategien 109

SARAH CLASEN

Debatten um Schwangerschaftsabbruch. Der Kampf um reproduktive Rechte dauert an 114

GABRIELE WILDE

Mit allen Folgen für die demokratische Gesellschaft: Gender-Narrative im AfD-Wahlprogramm 2021 119

LEHRE UND FORSCHUNG 124

Kurznachrichten 124

BUNDESKONFERENZ DER FRAUEN- UND GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN DER HOCHSCHULEN

Auszüge aus dem offenen Brief „Mehr Fortschritt wagen: Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Hochschule im Koalitionsvertrag“ 127

Interview mit SARAH CZERNEY, LENA ECKERT

Mutterschaft, Wissenschaft und Pandemie 130

REZENSIONEN 137

MAKDA ISAK

Kitchen Politics (Hg.): Mehr als Selbstbestimmung! Kämpfe für reproduktive Gerechtigkeit 137

CARLA OSTERMAYER

Moritz Altenried, Julia Dück, Mira Wallis (Hg.): Plattformkapitalismus und die Krisen der sozialen Reproduktion 139

MANUELA STEIN DA SILVA BARBOSA

Emma Dowling: The Care Crises. What Caused It and How Can We End It? 142

KARIN GOTTSCHALL. RUTH ABRAMOWSKI

Sammelrezension: Gute (Sorge-)Arbeit postmigrantisch gelesen 143

ZOE* STEINSBERGER

Francis Seeck: Care trans_ormieren. Eine ethnografische Studie zu trans und nicht-binärer Sorgearbeit 146

DOROTHEE BECK

Helga Krüger-Kirn und Leila Zoë Tichy (Hg.): Elternschaft und Gender Trouble. Geschlechterkritische Perspektiven auf den Wandel der Familie 148

TANJA GÄBELEIN. PEPS GUTSCHE. CAROLINE INHOFFEN

Johanna Sigl, Katharina Kapitza, Karin Fischer (Hg.): Facetten des Antifeminismus. Angriffe und Eingriffe in Wissenschaft und Gesellschaft 150

CHRISTINE BUCHWALD

Gaby Zipfel, Regina Mühlhäuser, Kirsten Campbell (Hg.): Vor aller Augen. Sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten 153

KATHARINA TOMAS

Isabel Käser: The Kurdish Women's Freedom Movement. Gender, Body Politics and Militant Femininities 155

CALL FOR PAPERS 158

Femina Politica Heft 1/2023: Corona-Krise der Gesundheitssysteme.

Feministische, intersektionale und dekoloniale Perspektiven 158

AUTOR_INNEN DIESES HEFTES 161

SCHWERPUNKT

Vor der Tür. Intersektionale Dimensionen von Armut und Ausbeutung

Armut als Baustelle: intersektional feministische Interventionen. Einleitung

BRIGITTE BARGETZ, JANA GÜNTHER

„Our nation is not striving to eliminate the conditions that create poverty. And while we need strategies of resistance that put in place structures that will enable everyone to have access to basic necessities, in the meantime we must work to resist the dehumanization of the poor“
(bell hooks 2000, 127).

Rückkehr der Armut

Der Kapitalismus und seine Krisenhaftigkeit hatten schon immer weitreichende Auswirkungen auf Gesellschaften. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Armutslagen und Armutsrisiken im Zuge von Globalisierung und Neoliberalisierung weiter ausgebreitet und als (neue) Lebensrealitäten auch vor westlich-modernen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten nicht Halt gemacht. Die Finanz- und Austeritätspolitik habe den „Hunger (...) in einzelne europäische Länder“ zurückgebracht, formulierte pointiert der Schriftsteller Karl-Markus Gauß (2015) vor einigen Jahren. Global angelegte Studien sowie nationale Berichterstattungen zeigen, dass sich soziale Ungleichheiten in diesen Ländern kontinuierlich verschärfen (BMAS 2021; Chancel/Piketty/Saez/Zucman 2022) und NGOs warnen aktuell aus nationalstaatlicher sowie transnationaler Perspektive vor noch höheren Armutsrisiken für immer größere Bevölkerungsgruppen (u.a. Oxfam Deutschland e. V. 2022; Pieper/Rock/Schneider/Schröder 2021). Allein im ersten Jahr der Corona-Krise 2020 stieg darüber hinaus das „Vermögen von Milliardär*innen“ um 12%, während das der „ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung“ um 11% gesunken ist (Graf/Lucht/Lütten 2022, 7).

Armut hat dabei verschiedene Gesichter und zeigt sich global gesehen in unterschiedlichem Ausmaß. So muss Armut im Kontext der Durchsetzung kapitalistischer Produktions- und Lebensweisen nach der Auflösung des Sowjetblocks ebenso

wie hinsichtlich kolonialer Kontinuitäten betrachtet werden. Zunehmende Armut, prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse sowie Ungleichheit gehörten in Osteuropa nach 1989 zur postsozialistischen Realität. Hunger- und Überlebenskrisen sind Alltag in vielen Ländern des globalen Südens, in denen sich das koloniale Erbe in einer anhaltenden Ausbeutung von Rohstoffen ebenso zeigt, wie etwa darin, dass diese Länder häufig zu primären Entsorgungsstätten von Giftstoffen aus dem globalen Norden werden. Arbeitsmigration und die Ausbeutung der Arbeitskraft osteuropäischer sowie migrantisierter Frauen¹ des globalen Südens – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt ausgelagerter Reproduktion – flankieren diese Prozesse und verweisen auf die strukturell rassifizierten Ausbeutungsmechanismen dieses Bereichs. Zugleich wird Armut hier als transnationales Phänomen deutlich. Denn globalisierte Wertschöpfungsketten wie Global Care Chains und transnationale Reproduktionsmärkte (Stichwort Eizellspende oder Leihmutterchaft) entstehen gerade entlang globaler Armutsgrenzen.

Angesichts extremer Armuts- und Ausbeutungsverhältnisse in den Ländern jenseits westlicher Wohlfahrtsregime, absoluter Armut in Kriegsgebieten und von Menschen auf der Flucht sowie transnationaler Ausbeutungsverhältnisse, die vor allem den Interessen der Zentren des Kapitalismus in die Hände spielen, laufen jene Armutsverhältnisse mitunter Gefahr aus dem Blick zu geraten, die unmittelbar „vor der Tür“ des global westlichen Nordens anzutreffen sind. Doch Armut bzw. steigende Armut wird zunehmend in öffentlichen Diskursen westlich-moderner Staaten thematisiert, nicht zuletzt auch, weil sie öffentlich mehr als sichtbar geworden ist: Dies verdeutlichen lange Schlangen vor Essensausgabestellen oder die Zunahme an Zeltstädten, aber auch ‚Bettel‘- und Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen können als Antwort auf den Anstieg von Obdachlosigkeit gelesen werden, die selbst wiederum Ausdruck von Armut ist. Vor diesem Hintergrund gilt es also nicht zu vernachlässigen, dass Formen extremer Armut ebenso in jenen Ländern zunehmen, die über ein Sozialstaatssystem oder zumindest sozialpolitische Mindestsicherungen verfügen. Auch in diesen Staaten sind bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders verletzlich.

Bereits in den 1990er-Jahren machten Untersuchungen zur geschlechtsspezifischen Struktur von Armut deutlich, dass das „Armutsrisiko der Frauen gerade auch in reichen Ländern erheblich höher ist als das der Männer“ (Gerhard 1997, 172). Bis heute haben Frauen in Deutschland trotz neuer Gleichstellungs- und Teilhabepolitiken immer noch ein erhöhtes Armutsrisiko (Dackweiler/Rau/Schäfer 2020, 9). Zudem zeigt sich, etwa in den Arbeiten zum Prison Industrial Complex in den USA, wie sich race, Geschlecht und Armut für Women of Color gewaltvoll verbinden, wenn es um medizinische Vernachlässigung, sexuellen Missbrauch oder den Verlust elterlicher Rechte im Gefängnis geht (Davis/Shaylor 2001, 1). Ebenso hat jüngst Keeanga-Yamahtta Taylor (2017) hervorgehoben, dass Armut, institutioneller Rassismus und Polizeigewalt zusammenhängen. Spezifische Lebenslagen und die Überkreuzung mehrerer Ungleichheitskategorien erhöhen also das Armutsrisiko ganz entscheidend. Prekäre Beschäftigung, Erwerbsarbeitslosigkeit, Alleinerziehung, Rassismus, Krankheit,

Ländliche Armut im Kontext der Reproduktionskrise – Beitrag zu einer intersektionalen Armutsforschung

TINE HAUBNER. MIKE LAUFENBERG

Einleitung

Ländliche Armut ist ein paradoxes Phänomen: Obwohl Bewohner*innen ländlicher Gebiete sogar häufiger von ihr betroffen sind als städtische Populationen (Maschke/Mießner/Naumann 2021, 60), stellt sie ein sowohl wissenschaftlich als auch politisch vernachlässigtes „Tabu-Thema“ dar (Franke 2015). Ländliche Armut weist dabei eine Geschlechtsspezifität auf, sind doch vor allem Frauen mehrfach und zugleich spezifisch benachteiligt. Im Folgenden möchten wir Armut als intersektionales Phänomen untersuchen und mit *ländlicher* Armut die vernachlässigte Ungleichheitsdimension des sozialen Raumes einbeziehen. Wir untersuchen ländliche Armut hierbei aus der Perspektive feministischer Theorien sozialer Reproduktion (Social Reproduction Theory, kurz: SRT), die intersektionale Unterdrückungsverhältnisse im Zusammenhang mit Ausbeutungsstrategien in den Blick nehmen und Armut im Kontext sozialräumlicher Peripherisierungsprozesse zu betrachten erlauben.

Auf empirischer Grundlage rekonstruiert der Beitrag die Ursachen und Wirkungen einer Reproduktionskrise ländlich-peripherisierter Räume. Dabei wird erstens (in Bezug auf die Ungleichheitsdimension Gender) demonstriert, dass Frauen von dieser Krise in besonderer Weise betroffen sind. Zweitens wird gezeigt, dass ländliche Armut nicht nur als Folge struktureller Abwertungsspiralen, sondern auch als Resultat politischer Rationalitäten bis hin zur Ignoranz seitens lokaler Entscheidungsträger*innen zu begreifen ist. Daraus resultieren drittens dominante Regierungsweisen von Armut, die einer erfolgreichen Armutsbewältigung entgegenstehen: Ländliche Armutsbetroffene, darunter insbesondere Frauen der Arbeiter*innenklasse, werden im Rahmen einer zahnlosen lokalen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik nicht nur zunehmend sich selbst überlassen, sondern auch auf doppelte Weise ausgebeutet. Unser Beitrag ist wie folgt gegliedert: Zunächst stellen wir den Forschungsstand und insbesondere dessen Leerstellen hinsichtlich ländlicher Armut vor und skizzieren anschließend die theoretisch-konzeptionelle Rahmung. Daran schließt nach einer kurzen Erläuterung der zugrunde gelegten Methoden der empirische Teil an, in dem wir unsere Thesen auf der Grundlage aktueller Befunde aus einem laufenden Forschungsprojekt präsentieren.

Forschungsstand: Leerstelle ländliche Armut

Unser Text versteht sich als Beitrag zu einer intersektionalen Armutsforschung, die über Ansätze auf der individuellen Verhaltens- bzw. Haushaltsebene (Andreß 1999) hinausgeht und für eine gesellschaftstheoretische Einordnung der Befunde im Sinne

einer feministischen politischen Ökonomie ländlicher Armutsräume plädiert. Dadurch werden verschiedene Leerstellen der aktuellen Forschungslage adressiert. So wird ländliche Armut insbesondere als Phänomen des Globalen Südens untersucht, während sie für den Globalen Norden, mit Ausnahme der USA und Großbritanniens, bis heute wenig erforscht ist (Bernard et al. 2019) und im deutschsprachigen Kontext ein noch immer vernachlässigtes Randthema darstellt (Klärner 2017). Obschon die Landforschung Familien intensiv untersucht hat (Katras et al. 2015), bleiben zudem (intersektionale) Geschlechterverhältnisse in Bezug auf ländliche Armut unterbeleuchtet.

Die Geschlechterforschung hat wichtige Beiträge zur Armutsforschung geleistet, indem sie diese um die Analyse geschlechtsbasierter Faktoren der Armutsgefährdung erweitert hat (Hasenjürgen 2019). Angesichts der global überdurchschnittlich hohen Armutsbetroffenheit von Mädchen und Frauen wird seit den 1970er-Jahren von einer „Feminisierung der Armut“ (Pearce 1978) und dem „gender poverty gap“ (Casper/Garfinkel/McLanahan 1994) gesprochen. Die Geschlechterforschung hat aufgezeigt, wie Vermögens- und Eigentumsverteilungen, Arbeitsmarkt und gesellschaftliche Arbeitsteilung, wohlfahrtsstaatliche Steuerungsmechanismen und Familien- und Haushaltsformen durch vergeschlechtlichte Macht- und Herrschaftsverhältnisse strukturiert sind, die Frauen einem durchschnittlich höheren Armutsrisiko aussetzen (Gornick/Boeri 2016). Sie hat zugleich geschlechtstypische Formen der „verborgenen Armut von Frauen“ (Stiegler 1998) analysiert, die häufig an patriarchale Abhängigkeitsmuster geknüpft sind. So sind Scheidung, häusliche Gewalt und alleinerziehende Mutterschaft ebenso wie der gender care gap erst durch die Geschlechterforschung als relevante Variablen für eine machtsensible Armutsforschung in den Blick geraten (u.a. Hammer/Lutz 2002).

Der Fokus auf weibliche Armut in der Geschlechterforschung läuft jedoch Gefahr, intersektionale Ungleichheitsdimensionen zu vernachlässigen, insbesondere entlang von Race/Ethnizität und Klasse, aber auch entlang von Alter, (Nicht-)Behinderung, Sexualität und *Raum*. Die agrarsoziologische Rurale Frauen- und Geschlechterforschung fordert hier eine stärkere Erforschung des Zusammenhangs von Geschlechterverhältnissen und ländlichen Räumen und beklagt die verbreitete Raumvergessenheit der intersektionalen Armutsforschung (Oedl-Wieser/Schmitt 2019, 75f.). Auch gesellschaftstheoretische Erklärungsansätze sind bislang noch rar, die weibliche Armut nicht lediglich als Ergebnis von geschlechtsspezifischen Mustern der Benachteiligung betrachten, sondern als gesellschaftliches Verhältnis untersuchen, das konstitutiv mit kapitalistischen Ausbeutungs-, Produktions- und Akkumulationsverhältnissen verknüpft ist. Letztere, so unsere Kernannahme, manifestieren sich immer auch sozialräumlich durch multifaktorielle Entwicklungsprozesse der Zentralisierung und Peripherisierung – wobei letztere zugleich immer die politische und soziale Konstruktion von Räumen miteinschließt.

Kapitalistische Strukturlogiken in der neuen Mitleidsökonomie

HANNAH-MARIA EBERLE

Einleitung: die Entstehung eines Armutsmarkts?

Zu Hochzeiten des westlichen Wohlfahrtsstaats war fast vergessen, dass Menschen nicht nur historisch und dabei insbesondere infolge von Kriegen und wirtschaftlichen Krisen, sondern auch in der Gegenwart aufgrund von Alter, Krankheiten oder Erwerbslosigkeit immer wieder auf Almosen anderer angewiesen waren. Bis heute leisten Kirchen, private und politische Initiativen Nothilfen in Form von Geld- oder Sachspenden. Dabei werden „materielle Versorgungs- und Hilfsangebote für Personen zur Verfügung“ gestellt, „die nicht über ausreichend Ressourcen verfügen, um ihre existenziellen Grundbedürfnisse im primären kapitalistischen Marktssystem selbstständig zu befriedigen“ (Kessl/Oechler/Schoneville 2021, 740). Organisiert werden die Verteilung oder Bereitstellung von Lebensmitteln, Kleidung, warmen Mahlzeiten, Schlafsäcken oder auch Sucht-, Lohnarbeitslosen- oder medizinischen Beratungen. In den vergangenen Jahren entwickelte sich diese Nothilfe zu einer systematischen Armutslinderung, die Fabian Kessl gemeinsam mit Kolleg*innen als „neue Mitleidsökonomie“ bezeichnet (u.a. Kessl/Wagner 2011; Kessl/Oechler/Schoneville 2021; Kessl/Schoneville 2021).

Mit dem Begriff der Mitleidsökonomie wird diese Entwicklung vor allem unter dem Aspekt der Entrechtung der Armutsbetroffenen diskutiert. Während sozialstaatliche Transferleistungen rechtsbasiert eingeklagt werden könn(t)en, haben Armutsbetroffene auf die notwendigen Hilfen der Mitleidsökonomie keinen Anspruch. In der neuen Mitleidsökonomie spitzt sich eine Entwicklung zu, in der Hilfeempfänger*innen immer stärker abhängig gemacht werden vom Engagement anderer. Der Begriff des Mitleids ist entsprechend provokativ gewählt: Er verweist auf die Anteilnahme am Missgeschick oder Unglück anderer, die ein Engagement begründet, das zunehmend anstelle sozialrechtlich verankerter Leistungen Armut lindern soll (Kessl/Schoneville 2021, 356). Kessl und Schoneville, aber auch andere aus dem Bereich der sogenannten Tafelforschung (u.a. Rohrman 2011) problematisieren das Phänomen im Kontext des wohlfahrtsstaatlichen Strukturwandels: neue Armutslagen, resultierend aus u.a. prekärer Beschäftigung, steigenden Mieten, knappen Renten oder fehlenden bzw. zu teuren medizinischen Versorgungsleistungen bei gleichzeitigem Um- und Abbau sozialstaatlicher und eben rechtlich einklagbarer Unterstützungsleistungen. Diese Fokussierung auf den Aspekt der Entrechtung im Kontext des wohlfahrtsstaatlichen Strukturwandels erscheint mir allerdings nicht ausreichend. Vielmehr weisen die Entwicklung und Ausdifferenzierung der neuen Mitleidsökonomie auf eine dauerhafte, sekundäre und vor allem staatlich und innerhalb der kapitalistischen Strukturlogiken *gewollte* Versorgung für Armutsbetroffene hin: Während die Einen

in Supermärkten, Bio- oder Bauernläden, Möbelhäusern oder Boutiquen einkaufen und im Restaurant essen, suchen die Anderen Tafeln, foodsharing-Mitnahmestellen oder Sozialkaufhäuser auf, bestellen Kleider bei Secondhandplattformen und essen mit ihren Kindern in Suppenküchen zu Mittag.

Aufgrund dieser Entwicklungen gehe ich davon aus, dass das aktuelle Wohlfahrtsarrangement nicht nur neoliberal gestaltet ist und einen „Suppenküchenstaat“ (Butterwegge 2010, 73) entstehen lässt: Vielmehr generiert sich ein ‚Markt der Möglichkeiten‘, der nicht auf soziale Absicherung abzielt, sondern einen Versorgungsmarkt mit kapitalistischen Strukturlogiken forciert. Ein solcher Markt stellt aus sozialstaatlicher Perspektive ein kostengünstiges Arrangement dar, weil erstens notwendige Reproduktionsarbeit unbezahlt durch Freiwillige verrichtet wird, zweitens Sozialausgaben langfristig substituiert werden können und drittens kapitalistische Marktakteur*innen aus diesem „sekundären Warenkreislauf“ (Kessl/Oechler/Schoneville 2021, 739; Kessl/Wagner 2011) zuungunsten der Armutsbetroffenen Vorteile ziehen.

Um dies zu zeigen, werde ich im ersten Teil meinen Beitrag im Kontext der Forschung zur neuen Mitleidsökonomie verorten. Im zweiten Abschnitt arbeite ich die Ausbeutungsdimension dieses nur teilweise freiwilligen Engagements heraus. Ausbeutung liegt nicht nur wegen des verschleierte Arbeitsaspekts vor, sondern vor allem deshalb, weil es sich um unbezahlte gesellschaftliche Reproduktionsarbeit handelt. Daran anschließend zeige ich im dritten Abschnitt auf, warum es sich dabei um eine sozialstaatlich gewollte Entwicklung handelt. Im vierten Teil gehe ich auf die Vorteile für Kapitaleigentümer*innen durch einen neu gewonnenen Absatzmarkt ein, ehe ich abschließend die Konsequenzen in Form des Versorgungsmarkts als dauerhaftes Wohlfahrtsarrangement skizziere. Im Anschluss an Silvia Federici (2020/2012) werde ich im Fazit für ein notwendiges Nachdenken über gesellschaftliche und tendenziell anti-etatistische Antworten argumentieren.

Grundlage der hier vorgestellten Überlegungen stellt eine laufende gemeinsame Forschungsarbeit mit Fabian Kessl dar. In einem dazu bereits publizierten Beitrag (Eberle/Kessl 2021) erläutern wir unsere Grundannahme einer zunehmenden Ausdifferenzierung im Hinblick auf Markt-, Dienstleistungs- und Vergemeinschaftungslogiken und stellen die daraus folgende Erweiterung der neuen Mitleidsökonomie in Deutschland vor (vgl. folgender Abschnitt). Zusätzlich greife ich für diesen Beitrag auf sechs Gruppendiskussionen zurück, die ich 2021 mit unbezahlt Tätigen einer medizinischen Beratung und Weitervermittlung für Geflüchtete (medinetz), einer selbstorganisierten Küche für Alle, einer als Verein organisierten unabhängigen Lebensmittelausgabestelle und Suppenküche, einer foodsharing-Initiative, einem Sozialkaufhaus und Nutzer*innen von verschiedenen Onlineplattformen geführt habe. Ziel der Diskussionen war es, Bearbeitungsweisen von gesellschaftlichen Widersprüchen aus der Perspektive der Akteur*innen zu rekonstruieren.¹

- Klein, Ansgar/Olk, Thomas/Hartnuß, Birger**, 2010: Engagementpolitik als Politikfeld: Entwicklungserfordernisse und Perspektiven. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als Politische Aufgabe. Wiesbaden, 24-62.
- Kuhn, Gabriel**, 2007: Jenseits von Staat und Individuum. Münster.
- Lang-Lendorff, Antje**, 2019: Essen als Einnahmen verrechnet. In: tageszeitung, 13.5.2019. Internet: <https://taz.de/Empoerung-bei-der-Berliner-Tafel/15591517/> (10.2.2022).
- Laufenberg, Mike**, 2021. Mehr als Lückenfüller: Emanzipatorische Potenziale zivilgesellschaftlichen Sorgens. In: WSI Mitteilungen. 74 (5), 415-518.
- Ludmann, Sabrina**, 2019: Ökologische Betrachtung des Peer-to-Peer Sharing. In: Behrendt, Siegfried/Henseling, Christine/Scholl, Gerd (Hg.): Digitale Kultur des Teilens. Mit Sharing nachhaltiger Wirtschaften. Wiesbaden, 71-94.
- Marx, Karl**, 1962/1867: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Buch I: Der Produktionsprozeß des Kapitals. In: Marx-Engels-Werke (MEW) 23. Berlin.
- Neumann, Daniela**, 2016: Das Ehrenamt nutzen. Bielefeld.
- Notz, Gisela**, 2016: Sind Freiwilligendienste geeignet, das Elend aus der Welt zu schaffen? Für andere etwas tun: Freiwilligendienste zwischen Ehrenamt und prekären Arbeitsverhältnissen. In: Ethik und Gesellschaft. 2. Internet: <https://ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/article/viewFile/2-2016-art-1/453> (20.1.2022).
- Rohrmann, Eckhard**, 2011: Tafeln und der Abbau des Sozialstaates. In: Selke, Stefan (Hg.): Tafeln in Deutschland. Aspekte einer Sozialen Bewegung. Zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention. Wiesbaden, 143-162.
- Vinted**: Internet: www.vinted.de/about (20.1.2022).
- Vogel, Lise**, 2019/1981: Marxismus und Frauenunterdrückung. Münster.
- Winker, Gabriele**, 2016: Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. Bielefeld.

Existenzielle Bedrohung und Entwürdigung Armut, Gewalt und Wohnungslosigkeit im Alltag marginalisierter Frauen

CHRISTOPHER WIMMER

Einleitung

Der spätestens ab den 1980er-Jahren einsetzende Umbau des Sozialstaats und der Strukturwandel der Arbeit haben zu einer dauerhaften Verfestigung von Armut in den unteren sozialen Klassen geführt. Dies zeigt sich in einer großen Zahl vor allem soziologischer Studien (Böhnke/Dittmann/Goebel 2018). Gleichzeitig bleiben Armutsdiskussionen einerseits häufig auf Konzepte wie relative Deprivation beschränkt. Absolute Armut wird meist als Aspekt der Vergangenheit oder anderer geografischer Orte (Länder der sogenannten ‚Dritten Welt‘) betrachtet. Andererseits

findet sich in der Armutsforschung häufig ein (impliziter) Androzentrismus (Sellach 2008). Dieser liegt vor, wenn sich Armutsmessung am Bild des männlichen Familiennährers orientiert und dessen Armutsriskien (Arbeitsunfälle, Erwerbslosigkeit etc.) berücksichtigt, ‚weibliche‘ Risiken wie Kindererziehung jedoch vernachlässigt oder vergessen werden. Ebenso zeigt sich der Androzentrismus in der Armutsforschung darin, dass Frauen, die mit Männern zusammenleben, nicht als arm gelten, sobald das gemeinsame Haushaltseinkommen über der Einkommensgrenze der Grundsicherung liegt – selbst wenn die Frauen kein eigenes oder existenzsicherndes Einkommen haben (Sellach 2008, 464f.).

Vor dem Hintergrund dieser Beschränkungen der Armutsforschung beschäftigt sich der vorliegende Beitrag mit der spezifischen Armut von Frauen, wobei der Marginalisierungsbegriff in den Mittelpunkt gerückt wird. Insgesamt sind in der sozialen Ungleichheitsforschung Studien zu gesellschaftlicher Marginalisierung schon rar, empirische Untersuchungen (quantitativ wie qualitativ) zur Marginalisierung von Frauen sind noch seltener. Um zu begründen, wieso ich von Marginalisierung spreche, beschäftige ich mich zunächst mit dem Armutsbegriff, mit dem Ziel, ihn anschließend um den Marginalisierungsbegriff zu erweitern. Dieser erscheint mir deswegen brauchbarer, da er neben materieller Armut auch auf den dauerhaften Kampf um soziale Respektabilität verweist. Darauf aufbauend spreche ich vom Alltag marginalisierter Frauen und zeichne diesen anhand der drei Aspekte Armut, Gewalt und Wohnungslosigkeit nach. Ein Fazit mit dem Ruf nach einer erweiterten feministischen Armutsforschung und -politik schließt den Beitrag ab.

Von der Feminisierung der Armut zur Marginalisierung

Die Verwendung des Armutsbegriffs bringt Schwierigkeiten mit sich, da er nicht einheitlich definiert ist. Meist wird Armut als Mangel (an ökonomischem Kapital) verstanden, und so könnte allzu vereinfachend festgehalten werden, dass Armut bedeutet, nicht genügend materielle Güter und Ressourcen zu besitzen, um die eigenen Lebensmöglichkeiten zu bestreiten (Andreß/Krüger/Sedlacek 2004, 26). Doch ab welchem Schwellenwert von Armut gesprochen wird, hängt von Voraussetzungen ab, die nur normativ bestimmt werden können. Armut ist somit ein gesellschaftliches Verhältnis, das immer auch auf Bewertungen, beispielsweise auf der Bestimmung eines sogenannten Existenzminimums, beruht.

In feministischen sozialwissenschaftlichen Theorien ist seit den 1970er-Jahren von weiblicher Armut die Rede (Köppen 1985). Diese Forschung begründet die These einer „Feminisierung der Armut“ (Pfaff 1992, 421) mit geschlechtsspezifischen Aspekten der Arbeitsteilung und Benachteiligungen von Frauen im staatlichen Sozialversicherungssystem (Kickbusch/Riedmüller 1984). Das Erwerbsarbeitssystem und sozialpolitische Regelungen produzieren – auch heute noch – Armut von Frauen, da diese materiell häufig schlechter gestellt sind als Männer und z.B. häufiger zu den Working Poor gehören oder in informellen Beschäftigungsverhältnissen tätig

FORUM

Zur politischen Ökonomie der Arbeitsmigration in der Landwirtschaft. Eine transregionale Perspektive auf Hypermobilität, Subsistenzketten und die Subsistenzkrise

DINA BOLOKAN

Einleitung

Sie kommen aus Polen und Rumänien und arbeiten in Deutschland. Sie kommen aber auch aus Ländern in Lateinamerika, Afrika und Asien und sie arbeiten in Frankreich, den Niederlanden oder Belgien. Sie kommen aus den globalen Peripherien, aus ehemaligen (semi-)kolonialen Regionen und sie arbeiten in den führenden Wirtschaftsnationen der Europäischen Union (EU), in den Ländern früherer Kolonialmächte. Sie werden schlecht bezahlt im Haushalt und in der Landwirtschaft. Die Situation im Agrarsektor ist regional sehr unterschiedlich, allerdings sind die meisten Arbeits- und Lebensbedingungen äußerst prekär. Vielen Landarbeiter:innen werden selbstbestimmte Zukunftsperspektiven verunmöglicht. Zwischen 2011 und 2020 habe ich von einer transregionalen Perspektive ausgehend die Lebenswege von 30 Menschen aus Moldawien begleitet, die in der Schweiz (CH) und in der EU in der industrialisierten Landwirtschaft und in der Fleischindustrie arbeiten. Im Rahmen einer dekolonialen Ethnographie, in der sich post- und dekoloniale Perspektiven mit den Forschungsmethoden der globalen Ethnographie verbinden, bin ich der Frage nachgegangen, wie sich translokale Lebens- und Arbeitsverhältnisse auf die Arbeiter:innen selbst und auf ihr Umfeld auswirken.

Wieso Moldawien? Als globale Peripherie ist Moldawien der Öffentlichkeit als das „Armenhaus Europas“ und als „Land ohne Eltern“ bekannt. Dahinter stehen diverse Herrschaftsverhältnisse, denen die Menschen in Moldawien seit Jahrhunderten ausgesetzt sind – vom Osmanischen und Russischen Reich bis zu Großrumänien und der Sowjetunion. Diese in vielerlei Hinsicht problematischen Zuschreibungen (BoloKAN 2021) zeugen von einem mangelnden Verständnis dafür, wieso sich Moldawien in einer allgemeinen Krise der Reproduktion befindet. Früher wurde diese Region als der „Obstgarten der Sowjetunion“ romantisiert. Dies ist ein nicht weniger problematisches Bild, das die soziale und ökologische Gewalt verschleiert, die Teil der Kolchosen war. Moldawien ist ein Agrarland geblieben. Knapp die Hälfte der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft und ungefähr ein Drittel geht einer Erwerbsarbeit im Ausland nach. Die postsowjetische Republik ist besonders aufschlussreich hinsichtlich des EU-Grenzregimes, da sie als Labor für einerseits rigoros strenge und

Kinder, Küche, COVID – Materialistisch-feministische staatstheoretische Perspektiven auf die Regierung von Care-Arbeit in der Pandemie

FRIEDERIKE BEIER

Die weltweite Corona-Pandemie verschärft die bereits bestehende Care-Krise und führt damit zu einer Zuspitzung vergeschlechtlichter und intersektionaler Ungleichheitsverhältnisse. Während staatliche Politiken vorgeben, die Folgen der Pandemie auf Sorgearbeit abzumildern, sind sie jedoch Teil des Problems (Kabeer/Razavi/van der Meulen Rodgers 2021). Die bisherige Literatur zu Corona, Care-Arbeit und Geschlechterverhältnissen in Deutschland nimmt vor allem die ungleiche Verteilung von Sorgearbeit während der Pandemie in den Blick. Dabei tragen mehrheitlich Frauen die Lasten der Corona-Krise, indem sie (noch) mehr unbezahlte reproduktive Arbeit leisten, da Schulen und Kitas monatelang geschlossen waren und Quarantäneregelungen einen größeren Betreuungsaufwand mit sich bringen (z.B. Czymara/Langenkamp/Cano 2021). Während diese Forschung wichtige Beiträge zur Konstitution von Care-Arbeit und Geschlechterverhältnissen während der Pandemie leistet, wird die Rolle des Staates in Bezug auf die Regierung der Sorgearbeit größtenteils außer Acht gelassen. Zudem ist eine Theoretisierung staatlichen Handelns während der Corona-Krise bisher ausgeblieben.¹

Dieser Forschungslücke widmet sich dieser Beitrag und analysiert die Regierung der unbezahlten Haus- und Sorgearbeit während der Corona-Pandemie in Deutschland aus einer materialistisch feministischen staatstheoretischen (MFST) Perspektive. Im Fokus steht die Frage, inwiefern die staatliche Steuerung von Care-Arbeit in der Pandemie bestehende Geschlechterverhältnisse verschärft. Eine MFST-Analyse der Maßnahmen des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) verdeutlicht, dass die Ausweitung des Kinderkrankengeldes die Lasten der Care-Arbeit in der Krise weiter ins Private verlagert und es vor allem Frauen sind, welche die damit verbundene Mehrarbeit leisten.

Der Artikel geht zunächst auf die aktuelle Literatur zu Corona, unbezahlter Sorgearbeit und Geschlechterverhältnissen in Deutschland sowie auf die Grundlagen einer materialistisch-feministischen Analyse ein. Beispielhaft werden die Unterstützungsleistungen für Eltern des BMFSFJ in den Blick genommen und deren Implikationen auf Geschlechterverhältnisse und soziale Reproduktion dargelegt.

Corona-Krise, Geschlecht und Sorgearbeit

Seit Beginn der Corona-Krise wurden vielfältige Studien zur Verteilung von Care-Arbeit während der Lockdowns und der Schul- und Kitaschließungen durchgeführt. Wurde zu Beginn davon ausgegangen, dass die gesamtgesellschaftlichen Auswir-

Alexandra/Dackweiler, Regina-Maria/Schäfer, Reinhild (Hg.): Frauen und Armut – Feministische Perspektiven. Opladen. 201-218.

UNICEF, 2021: COVID-19 and School Closures. Internet: <https://data.unicef.org/resources/one-year-of-covid-19-and-school-closures/#> (30.11.2021).

Villa, Paula-Irene, 2020: Corona-Krise meets Care-Krise–Ist das systemrelevant? In: Leviathan. 48 (3), 433-450.

Yildirim, T. Murat/**Eslen-Ziya**, Hande, 2021: The differential impact of COVID-19 on the work conditions of women and men academics during the lockdown. In: Gender, Work & Organization. 28 (S1), 243-249.

Best Practice: Gewaltschutz im Zeichen von COVID-19

BRIGITTE TEMEL

Zu Beginn der COVID-19-Pandemie warnten Gewaltschutzexpert:innen und Wissenschaftler:innen vor einer Zunahme von Gewalt gegen Frauen in Zeiten von Krisen und forderten, dass die Politik dies in ihrem Handeln berücksichtigen müsse. So sprach etwa UN Women von Gewalt gegen Frauen während COVID-19 als Schattenpandemie (Haddad 2021).

Im Zeitraum November 2020 bis Oktober 2021 habe ich eine Best-Practice-Analyse von während COVID-19 umgesetzten Maßnahmen gegen Gewalt gegen Frauen im häuslichen bzw. partnerschaftlichen Kontext durchgeführt (Temel 2021). Die Studie fokussierte auf den europäischen Raum und zielte auf Policy-Empfehlungen für die österreichische Politik.¹ Methodische Pfeiler der Studie waren neben einer Literatur- und Internetrecherche insbesondere die Analyse zweier Quellen: der Website des Europarats sowie des COVID-19 Global Gender Response Trackers. Letzterer dokumentiert Maßnahmen, welche weltweit von staatlicher Seite implementiert wurden, um auf die COVID-19 Pandemie zu reagieren. Der Tracker legt dabei einen Schwerpunkt auf geschlechtersensible Aktivitäten² und erfasst Maßnahmen auf nationaler und lokaler Ebene. Er dokumentiert, inwieweit diese die ökonomische und soziale Sicherheit von Frauen spezifisch berücksichtigen – hierbei wird etwa nach unbezahlter Care-Arbeit, dem Arbeitsmarkt sowie Gewalt gegen Frauen gefragt. Betreut wird der Tracker vom United Nations Development Programme (UNDP) sowie von UN Women. Zusätzlich wurden ergänzende und vertiefende Interviews mit Praktiker:innen aus dem Gewaltschutzbereich geführt, beispielsweise einer Mitarbeiterin des Rosa Centrum in Tschechien. In diesem Beitrag stelle ich einerseits beispielhaft Good-Practice Beispiele vor, andererseits werfe ich eine kritische Perspektive auf den Umgang mit Gewalt gegen Frauen während COVID-19 und die oftmals lediglich reaktive Natur von implementierten Maßnahmen.

TAGESPOLITIK

Frauen in China: Konservative Wende der Frauenpolitik unter Xi Jinping

NICOLA SPAKOWSKI

Geschlechterrollen und Geschlechterbeziehungen sind ein wichtiges Politikfeld in China, unterliegen aber seit Gründung der Volksrepublik einem fundamentalen Wandel: Unter Mao Zedong war die „Befreiung“ von Frauen integraler Bestandteil der revolutionären Programmatik, Frauen wurden dezidiert aufgewertet (Frauen trügen „die Hälfte des Himmels“ – so Mao erstmals 1964), unter staatlichen Schutz gestellt und die arbeitende Frau wurde zum Leitbild der „neuen Frau“ im Sozialismus erhoben (Davin 1976; Spakowski 2022b). Mit der 1978 eingeleiteten Reformpolitik zog sich der Staat dann weitgehend aus der Gesellschaft zurück. Er erhielt zwar das Bekenntnis zur Gleichberechtigung aufrecht, duldete aber Rückschritte in Bezug auf den gesellschaftlichen Status von Frauen, die mit der Einführung der Marktwirtschaft und dem Einzug einer Konsumkultur einhergingen. In der Tat sind Frauen in China seit den 1980er Jahren einer Vielfalt von Kräften ausgesetzt. Zu diesen gehören neben einem intervenierenden (bzw. von Intervention absehenden) Staat der Markt, der Geschlechterklischees fördert und einer Entpolitisierung der Gesellschaft Vorschub leistet, sowie die Familien, in denen traditionelle Vorstellungen von Geschlechterrollen, Ehe und Familie weiterhin Konjunktur haben. Viele Frauen im heutigen China genießen zwar individualisierte Lebensstile und wesentlich größere Freiräume als früher, erfahren in ihrem Alltag aber diverse Formen der Misogynie (Spakowski 2022a, 147-152; Yin/Sun 2020; Meng/Huang 2017).

Konservative Wende – Familienbild

Gegenüber einer eher ambivalenten Haltung der Vorgängerregierung vollzog die Staatsführung unter Xi Jinping, der 2012/13 als Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) bzw. als Staatspräsident eingesetzt wurde, eine konservative Wende, die sich in zwei Phänomenen besonders deutlich niederschlägt: in der Propagierung einer Geschlechterideologie, in deren Zentrum die Familie steht, und im Umgang mit Alltagserfahrungen von Misogynie, in denen der Staat untätig bleibt bzw. kritische Stimmen und Aktivitäten aktiv unterdrückt.

Vorstellungen von Geschlechterdifferenz und Geschlechterrollen, die auf die Familie zugeschnitten sind, sind kein Novum in China und werden auch nicht alleine vom Staat verbreitet. Unter Xi Jinping hat sich der Staat diese Vorstellungen aber

Back to the Future?¹ Die Geschlechterpolitik der Taliban als Schlüsselement ihrer Herrschaftskonzeption und weibliche Überlebensstrategien

RENATE KREILE

Die Rückkehr der Taliban an die Macht in Kabul im Sommer 2021 markierte das Scheitern eines interventionistischen Großprojekts der westlichen Staatengemeinschaft², die den War on Terror seit 2001 nicht zuletzt als Einsatz für Demokratie und Frauenrechte ideologisch legitimiert hatte (Kreile 2010, 188). Sie offenbarte zudem augenfällig die Ambiguitäten, Dilemmata und Grenzen einer internationalen Geschlechterpolitik, die auch als Feminist Foreign Policy (Crisis Group 2021, 24) in ungleiche globale Machtkonfigurationen eingebettet ist. Geschlechterpolitik in Afghanistan wird fortdauernd in einem komplexen Ideologiefeld ausgetragen, auf das „transnationaler Feminismus, globale Governance-Institutionen und lokale Machtkämpfe“ (Kandiyoti 2011, 17) einwirken.

Während in Narrativen zu Afghanistan die vergangenen zwei Dekaden des internationalen Engagements bisweilen als „goldene Jahre“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 6.12.2021) für Frauenrechte perzipiert werden, lässt sich oftmals eine erstaunliche Amnesie im Hinblick auf die Verwüstungen durch Krieg und NATO-Bombardierungen feststellen, die Zehntausende von Frauen ihrer Angehörigen, ihres Heims, ihrer Lebensgrundlagen oder gar ihres Lebens beraubten. Sahar Ghumkhor und Anila Daulatzai (2021) weisen kritisch darauf hin, dass in „vier Jahrzehnten seriellen Krieges“ afghanische Frauen unter vielfältigen Gewalterfahrungen zu leiden hatten, für die keineswegs nur die Taliban verantwortlich waren. Vielmehr habe der Westen in der Zeit des Kalten Krieges radikale islamistische Kräfte im Widerstand gegen die sowjetische Intervention gestärkt (ebd.).

Zwar bedeutet die neuerliche Machtübernahme durch die Taliban einen dramatischen Rückschlag für die Rechte und Entfaltungsmöglichkeiten von Frauen insbesondere aus den gebildeten urbanen Mittelschichten. In einer durch Global Governance Strukturen und die internationale Gebergemeinschaft abgesicherten „globalisierten Schutzzone“ (Wimpelmann 2017, 173) in Kabul und anderen städtischen Zentren entfalteten sich zivilgesellschaftliche und frauenrechtliche Aktivitäten sowie eine lebendige kritische Medienlandschaft. Diesen oftmals liberal und kosmopolitisch orientierten Frauen und Männern wurde mit dem Abzug der USA und ihrer Verbündeten die transnationale Unterstützung brachial entzogen. In vielen ländlichen Gebieten, die von westlichen Truppen bombardiert und in denen Dörfer und Gemeinschaften durch Counterinsurgency-Maßnahmen und diverse Milizen terrorisiert wurden, zeigen sich viele Frauen hingegen über die verbesserte Sicherheitslage erleichtert (van Bijlert 2021; Gopal 2021). Eine Interviewpartnerin der BBC

Debatten um Schwangerschaftsabbruch. Der Kampf um reproduktive Rechte dauert an

SARAH CLASEN

Weltweit sterben jährlich rund 47.000 Frauen*¹ an den Folgen unsachgemäß durchgeführter Abbrüche (Guttmacher Institut 2020). Die streng konservativen Länder Irland und Argentinien legalisierten 2019 und 2020 das Recht auf Abtreibung mit einer Fristenlösung. 2021 folgte mit Mexiko das bevölkerungsreichste Land der Welt mit einer katholischen Mehrheit. Vorangegangen waren in allen Ländern öffentlichkeitswirksame Kampagnen von Frauenrechtler*innen, die dazu beitrugen, misogynen Narrative von ungewollt Schwangeren als verantwortungslos und fahrlässig zu entkräften (Bücker 2021). Parallel zu diesen Entwicklungen wurde in Polen 2020 ein de facto Abtreibungsverbot verhängt, welches bereits Menschenleben kostete. Seit 1. Januar 2022 werden Schwangerschaften und Fehlgeburten in einem zentralen Register erfasst und so die Komplettüberwachung des Abtreibungsverbot vorangetrieben (Wlostowska 2021). Ähnlich dramatisch ist die Abtreibungsgesetzgebung in Texas, wo seit Ende 2021 Abbrüche nach Feststellung des Herzschlages des Fötus (in der Regel nach der 6. Schwangerschaftswoche) verboten sind. Privatpersonen dürfen laut Gesetz die Einhaltung dieser Regelung überwachen (Harvetz 2021).

Internationale Entwicklungen zeigen Deutschland zurzeit zwischen den Polen Liberalisierung in einigen Ländern und zunehmender Sanktionierung in anderen. Denn auch hier ist die gesetzliche Regelung der medizinischen Eingriffe wie auch die gesellschaftliche Debatte über Abtreibung immer noch von Verboten, Einschränkungen und Stigmatisierung geprägt. Obwohl es de facto in Deutschland keine Verurteilungen von Frauen* mehr aufgrund eines Verstoßes gegen das strafrechtliche Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen und der festgelegten Ausnahmeregelungen (§218 StGB) gibt, resultiert die anhaltende Kriminalisierung auch hierzulande neben Lücken in der medizinischen Ausbildung in einer immer schlechter werdenden medizinischen Versorgungslage und gefährdet so die Gesundheit von ungewollt Schwangeren (vgl. Mangold 2021). Jede vierte Frau* in Deutschland bricht im Durchschnitt einmal eine ungewollte Schwangerschaft ab, davon 96% in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen (BZgA 2016). Jährlich werden ca. 100.000 Schwangerschaftsabbrüche² durchgeführt (Statistisches Bundesamt 2021). Ungewollte Schwangerschaften und Abbrüche sind also Alltagserfahrungen. Die Positionen, Erfahrungen und Bedarfe ungewollt Schwangerer kommen in persönlichen und öffentlichen Debatten aber wenig bis kaum vor (Diesteldorf 2021, 6). Die schwangere Person bleibt straffrei, wenn der Abbruch innerhalb der ersten zwölf Wochen nach Empfängnis vorgenommen, eine Pflichtberatung bei einer gesetzlich anerkannten Schwangerschaftsberatungsstelle absolviert wird und drei Tage Bedenkzeit zwischen Beratung und Abbruch liegen. Die Kosten trägt die schwangere Person selbst, wenn ihr Einkommen über einer bestimmten Grenze liegt. Ausnah-

Mit allen Folgen für die demokratische Gesellschaft: Gender-Narrative im AfD-Wahlprogramm 2021

GABRIELE WILDE

Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 kam die Partei Alternative für Deutschland (AfD) nur noch auf 10,3 Prozent der Stimmen und schnitt mit einem für sie eher ernüchternden Ergebnis ab. Wähler*innen der demokratischen Parteien wiederum mag es hoffnungsvoll gestimmt haben, dass die rechtsautoritäre Partei im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl 2017 einen Stimmenverlust von 2,3% hinnehmen musste und mit 11 Abgeordneten weniger, also nur 83 statt 94 Sitzen als fünftstärkste Fraktion in den Bundestag einzog.¹

Doch wäre es naiv, die Ergebnisse als Zeichen eines Aufstandes der demokratischen Gesellschaft gegen den rechtsautoritären Trend zu werten – denn wie in anderen Ländern wirkt das Autoritäre auch in Deutschland vor allem in der Gesellschaft. Dort sorgt die autoritär-populistische Rechte anhand ihrer Wahlprogramme sowie ihren in öffentlichen Auftritten initiierten Kulturkämpfen für erhebliche Unruhen, indem sie etwa Querdenker*innen-Bewegungen anfacht und so zu ihrer Radikalisierung beiträgt. Die damit einhergehende Wucht und Beständigkeit der Angriffe auf die Demokratie spiegeln sich kaum in den Wahlergebnissen wider; vielmehr transformieren die diskursiven Praxen des Autoritären gesellschaftliche Machtbeziehungen und haben somit auch erhebliche Effekte für demokratische Geschlechterverhältnisse (Wilde 2021), wie im Folgenden anhand des AfD-Wahlprogramms für die Bundestagswahl gezeigt werden soll.

Eine saubere Gesellschaft: Politik der Naturalisierung und Rhetorik des Irrationalen als diskursive Praxisform

Auch wenn die Rechtsautoritären auf einer politisch-institutionellen Ebene Federn lassen mussten, schafft es die AfD als diskursive Akteurin bis heute, anhand einer Verknüpfung von Narrativen zu Volk, Gender und Migration die Zivilgesellschaft zu instrumentalisieren, zu polarisieren und zu radikalieren. Die damit einhergehende Abwendung von der Demokratie (Applebaum 2021, 21) ist vor allem mit Blick auf Vorstellungen einer natürlichen Geschlechterordnung als wesentliches Element sowohl des AfD-Wahlprogramms zur Europawahl (Bloemen/Wilde 2019) als auch ihres Bundestagswahlprogramms (AfD 2021) insbesondere aus feministischer Sicht besorgniserregend. Denn mit dem Fokus auf Geschlecht als biologische und natürliche Kategorie gelingt es der Partei, das Leitbild der Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ (ebd., 102), als „Sozialisationsraum und emotionale intergenerative Lebensgemeinschaft“ (ebd., 103) sowie als „generationsübergreifende Wirtschafts- und Versorgungsgemeinschaft“ (ebd.) zu stabilisieren, wobei in Verbindung mit einer starren geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung freilich andere Familienformen,